

Entwicklungen & Trends 2023

Mutlose Politik – Zwischen Gierflation und Gentechnik

von Bernhard Burdick, Angela Clausen, Silvia Monetti,
Florian Sauer und Frank Waskow

Zwar lässt die Geschwindigkeit der Preissteigerungen in den letzten Monaten endlich nach – die Preise für Verbraucher:innen sind dennoch hoch wie nie. Lebensmittel sind seit März 2023 Hauptinflationstreiber, noch vor den Energiepreisen und dem allgemeinen Konsum. Die Frage, inwiefern Löhne, Rohstoffkosten oder Unternehmensprofite die maßgeblichen Treiber der Preissteigerung sind, und die Frage, wer am Ende die Kosten dieser Rekordinflation trägt, beschäftigt daher notgedrungen auch den Verbraucherschutz mehr denn je. Die (Lebensmittel-)Preiskrise hat längst die Mitte der Gesellschaft erreicht. Nach Monaten der Teuerung in allen Lebensbereichen geht es für viele an die Substanz. Angesichts der seit Anfang 2022 stark gestiegenen Lebenshaltungskosten sind die Reallöhne und die Kaufkraft der Sozialleistungen gesunken. Der erste Teil des folgenden Beitrages, überschrieben mit *Von Gewinnmitnahmen zur Gierflation: Die Preiskrise in der Mitte der Gesellschaft*, setzt sich mit dieser Thematik auseinander und benennt, was für einen wirksamen Verbraucherschutz notwendig ist.

Mitten in dieser Phase der rasant steigenden Kosten hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (WBAE) ein Gutachten zur Entwicklung von Ernährungsarmut veröffentlicht. Wie unser Update im Kapitel *Ernährungsarmut in Deutschland – Politik stellt sich taub* zeigt, hat sich in dem Jahr seit der Veröffentlichung des letzten *Kritischen Agrarberichts*¹ für die Millionen Betroffenen nichts verbessert. Dazu kommt, dass die statistisch nicht erfasste und auch schwer erfassbare Armut solcher Menschen wächst, deren Einkommen zwar klar über der Armutrisikoschwelle liegt, jedoch trotzdem nicht mehr ausreicht, um die Lebenshaltungskosten zu decken.

Und doch gibt es sehr viele Stellschrauben, die gedreht werden könnten, um eine gesunde, nachhaltigere Ernährung für alle in Deutschland möglich zu machen und gerechtere Ernährungsumgebungen zu gestalten. Mit dem Konzept des »Nudgings« haben etwa verschiedene europäische Staaten Erfolge auf diesem Gebiet erzielt – doch auch die Nahrungsmittel- und Werbeindustrie bedienen sich dieses Ansatzes, um fragwürdige und gesundheitlich ungünstige Produkte abzusetzen. Im *Kapitel Nudging der anderen Art – Marketing für Kinderlebensmittel am Beispiel von Nahrungsergänzungsmitteln* werfen wir einen Blick auf diese Praktiken.

Auch auf dem Feld der Verbraucherinformation und Transparenz im Lebensmittelmarkt sind Neuerungen zu verzeichnen: Bezüglich der neuen gentechnischen Verfahren des Ge-

**Preiskrise hat
Mitte der Gesellschaft
erreicht**

**Stellschrauben für
gesunde Ernährung?**

nome Editing wie z. B. CRISPR/Cas, die aktuell von der Mehrheit der Verbraucher:innen in Deutschland abgelehnt werden, wird sich in den nächsten Monaten viel entscheiden. Mit dem angeblichen Ziel des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit plant die EU-Kommission eine Neuregulierung auf diesem Gebiet. Im Kapitel *Neue Gentechnik – erfolgreiche Regulierung droht sich in Luft aufzulösen* beschreiben wir, welche bedenklichen Entwicklungen mit dem Vorschlag einhergehen – auch und gerade für den Verbraucherschutz. Denn sollten die Kommissionsvorschläge so wie geplant umgesetzt werden, dürften nicht nur Wahlfreiheit und Transparenz für die Verbraucher:innen verloren gehen, auch die Grundlagen für die von der überwiegenden Zahl der Verbraucher:innen gewünschten gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft werden durch die geplante Deregulierung ausgehöhlt.

**Neue Gentechnik:
Wahlfreiheit und
Transparenz in Gefahr**

Zweifellos ist eine nachhaltigere Produktion von Lebensmitteln heute mehr denn je vonnöten, gerade auch in der Nutztierhaltung. Und dennoch hat sich das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, auch bekannt als Borchert-Kommission, im August 2023 selbst aufgelöst.² Denn seine Empfehlungen wurden weder eingeleitet noch auch nur ansatzweise umgesetzt. Das Kapitel *Die Verbraucherperspektive: Auflösung des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung* beschäftigt sich mit der Transformation in der Landwirtschaft und dem ausbleibenden, aber dringend notwendigen Umsteuern der Politik in Sachen Tierwohl.

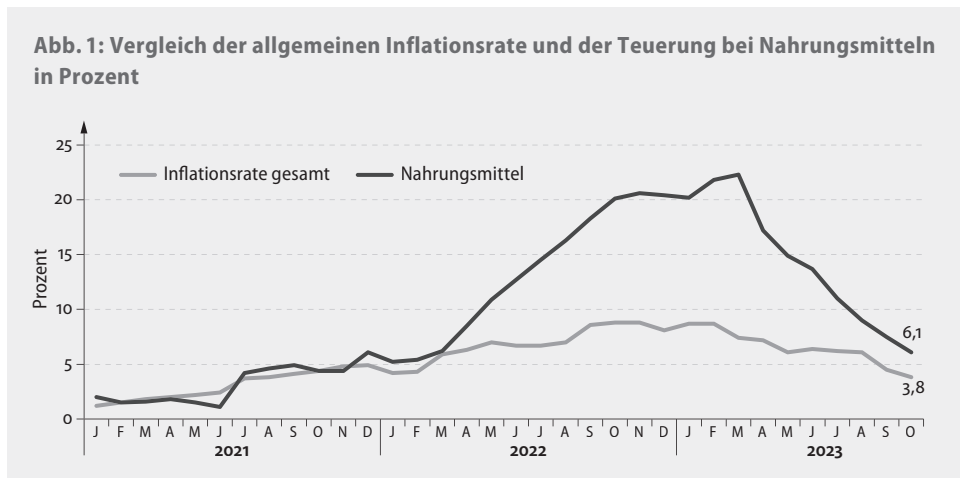
Die Verbraucherzentrale NRW greift abschließend die genannten Defizite in ihren Kernforderungen auf, um politisches Handeln im Sinne eines wirksamen Verbraucherschutzes in Deutschland zu gestalten.

Von Gewinnmitnahmen zur Gierflation: Die Preiskrise in der Mitte der Gesellschaft

Zur Jahreswende 2022/2023 war die Hoffnung noch da, dass die allgemeine Inflation und auch die Lebensmittelpreise wieder sinken würden. Doch es kam anders: Lebensmittel sind seit März 2023 Hauptinflationstreiber – noch vor den Energiepreisen und dem allgemeinen Konsum. Mitnahmeeffekte konnten bei internationalen Lebensmittel- und Energieunternehmen aufgezeigt werden. Während sog. Zufallsgewinne der Energiekonzerne in vielen Ländern reglementiert wurden und in Deutschland eine Strompreisbremse beschlossen wurde, blieben Maßnahmen im Nahrungsmittelsektor komplett aus. Eine Inflation, vor allem in einem Ausmaß wie die aktuelle, ist immer auch ein Verteilungskonflikt. Die Frage ist, wer am Ende die Kosten trägt.

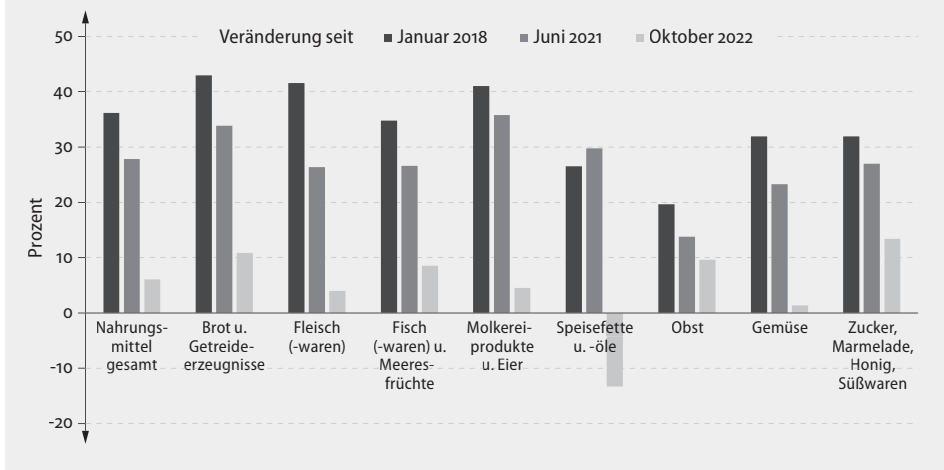
**Lebensmittel –
Haupttreiber der
Inflation**

Wie in Abbildung 1 zu sehen, erreichte die Teuerung von Lebensmitteln im März 2023 den Höchstwert von 22,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Und selbst im Oktober 2023 lag ihre Teuerung immer noch bei 6,1 Prozent: Auch wenn sich die Teuerung verlangsamt hat, verharren die Lebensmittelpreise auf einem hohen Niveau und steigen weiterhin deutlich stärker als beispielsweise die von Energie (-3,2 Prozent), Waren (3,6 Prozent) und Dienstleistungen



Quelle: Destatis

Abb. 2: Vergleich der Preisveränderungen verschiedener Lebensmittelgruppen im Oktober 2023 zu Januar 2018, Juni 2021 und Oktober 2022 in Prozent



Quelle: Destatis

(3,9 Prozent).³ Die Preissteigerung von Nahrungsmitteln hat sich also von der allgemeinen Inflation abgekoppelt – und für Entwarnung besteht kein Anlass.

Obwohl gemäß dem Statistischen Bundesamt die monatliche Inflationsrate zu Lebensmittelpreisen im Verlauf des letzten Jahres ihren höchsten jemals gemessenen Stand erreichte, zeigt sie dennoch nicht die ganze Verbraucherrealität. Denn die offiziellen Inflationsdaten spiegeln Durchschnittswerte wider, welche auf Monats- und Vorjahresvergleichen beruhen. Durchschnitte und Vorjahresvergleiche reichen zum einen jedoch nicht aus, um das ganze Bild zu zeigen – denn sie verschleiern die Auswüchse des Marktes. An der Supermarktkasse haben gleiche bzw. vergleichbare Produkte oft extrem unterschiedliche Preise. Unternehmen sind frei in der Preisgestaltung, doch wie diese Diskrepanzen zustande kommen, ist wegen extremer Intransparenz in der Preissetzung von Lebensmitteln nicht nachvollziehbar. Zum anderen entsprechen die vom Statistischen Bundesamt verwendeten Durchschnittspreise statistischen Verbraucherpreisen, die keine Auskunft darüber geben, ob es sich beispielsweise um günstige No-Name-Butter oder teure Markenbutter handelt. Die Vorjahresvergleiche verdecken, dass die Preissteigerungen bei Lebensmitteln bereits seit Sommer 2021 andauern. In den letzten zwei Jahren sind die Lebensmittelpreise in Deutschland im Durchschnitt um rund 28 Prozent, seit fünf Jahren sogar um 36 Prozent gestiegen, wie in Abbildung 2 deutlich wird.

**Auswüchse
am Markt**

Marktchecks zu den Preisen bei Grundnahrungsmitteln

Vor diesem Hintergrund führte die Verbraucherzentrale NRW 2023 im März und im Mai zwei Marktchecks durch.⁴ Der Fokus der Marktchecks lag auf Grundnahrungsmitteln des täglichen Bedarfs, unter anderem Gemüse, Obst, Nudeln, Reis, Milch, Käse, Fleisch, Öl und Butter. Lebensmittel mit besonderen Qualitätsmerkmalen wie Bio- und Fairtrade-Siegel oder Produkte von Bedientheken wurden nicht berücksichtigt. Fleischprodukte stammten aus der Tierhaltungsstufe 1 oder 2, die Eier waren aus Bodenhaltung. Für jedes Lebensmittel wurde anhand des Grundpreises die Preisspanne zwischen teuerstem und günstigstem Produkt unter Einbeziehung aktueller Sonderangebote in 16 Geschäften von Edeka, Rewe, Lidl bzw. Aldi in Nordrhein-Westfalen dokumentiert. Somit konnten zwei Warenkörbe ermittelt werden: Einer mit den günstigsten und einer mit den teuersten Produkten über alle Einzelhändler und Filialen hinweg.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie groß die Preisunterschiede bei diesen »Basic-Lebensmitteln« sind. Bei 17 der 19 Lebensmittelpreise im Mai wurden Unterschiede von über 100 Prozent gefunden. Ein Blumenkohl kostete beispielsweise in einem Geschäft 0,99 Euro, in einem anderen zur gleichen Zeit dagegen 4,99 Euro – ein Unterschied von 404 Prozent.

500 Gramm Spaghetti kosteten je nach Einkaufsstätte und Marke zwischen 1,58 Euro und 6,58 Euro je Kilo – die Preisspanne liegt damit bei 316 Prozent. Und der Preis eines Liters Sonnenblumenöl bewegte sich zwischen 1,99 Euro und 6,12 Euro – ein Unterschied von 207 Prozent. Die größte Preisspanne gab es bei Kartoffeln mit 454 Prozent, die geringste bei Hühnerbrust der Haltungsstufe 2 mit 69 Prozent. Bei Butter reichten die Preise von 5,56 Euro bis 15,16 Euro pro Kilogramm.

Gleicher Warenkorb – doppelt so teuer!

Der insgesamt teuerste Warenkorb im Mai lag bei 71,58 Euro – im März waren es noch 62,93 Euro. Wenn wir in verschiedenen Märkten und Städten eingekauft hätten, wäre eine maximale Ersparnis von 36,80 Euro (30,95 Euro im März) möglich gewesen: Ein vergleichbarer Warenkorb hätte 34,78 Euro gekostet. Eine weitere Frage war, ob Produkte der Eigenmarken immer die günstige Wahl sind. Tatsächlich waren Eigenmarken in allen Einkaufsstätten günstiger als vergleichbare Markenprodukte (Sonderangebote ausgeschlossen). Besonders auffällig war außerdem, dass die Preise der verschiedenen Eigenmarken der Händler in der Regel auf den Cent gleich waren oder nur kleinste Unterschiede zeigten, während es bei klassischen Markenprodukten große Preisspannen zwischen den einzelnen Filialen gab. Unterschiede in der Qualität gibt es zwischen Eigenmarken und Markenprodukten kaum, wie ein Vergleich von 786 Marken- und 628 Eigenmarken-Produkten seitens der Stiftung Warentest Anfang 2023 gezeigt hat.⁵ Zudem sind in den letzten zwei Jahren die Preise bei Eigenmarken stärker gestiegen als bei vielen Markenwaren.⁶

**Eigenmarken
günstiger als
Markenprodukte**

Dass Grundnahrungsmittel und insbesondere auch No-Name-Produkte im Preiseinstiegssegment deutlich teurer geworden sind, ist besonders verheerend. Diese Entwicklung stellt besonders für Verbraucher:innen mit geringen finanziellen Ressourcen ein ernsthaftes Problem dar, da sie auf den Einkauf der meist günstigeren Handelsmarken angewiesen sind. So konnte die *Neue Zürcher Zeitung* mithilfe von Datenanalysen der Preise von Rewe-Eigenmarken einen Preisanstieg von bis zu 71 Prozent zwischen Mai und Oktober 2022 feststellen. Besonders wichtige Grundnahrungsmittel, wie Joghurt, Mehl oder Milch der Eigenmarke »Ja!« zeigten in den Datenanalysen signifikant höhere Preissteigerungen als im Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes.⁷ Die Nichtregierungsorganisation Foodwatch beziffert die Teuerung bei Eigenmarken anhand eines durchschnittlichen Warenkorbs über die großen Lebensmitteleinzelhändler Rewe, Edeka, Lidl und Aldi hinweg mit 30,9 Prozent zwischen Jahresbeginn 2022 und 2023 (bei Markenprodukten im Durchschnitt rund 15 Prozent).⁸

**Verheerend:
Grundnahrungsmittel
wurden deutlich teurer**

Gierflation und Mitnahmeeffekte im Lebensmittelsektor

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich jedoch die Frage, worauf die steigenden Lebensmittelpreise zurückzuführen und ob die Teuerungen gerechtfertigt sind. Weitere Preissteigerungen bei Lebensmitteln sind mit Blick auf Rohstoffe nicht nachvollziehbar. Denn die Weltmarktpreise für Weizen und viele andere Agrarrohstoffe sind überwiegend stark gesunken.⁹ Insgesamt sind die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in Deutschland seit dem Jahreswechsel 2022/23 um rund zehn Prozent gefallen (im September 2023 z. B. gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,5 Prozent).¹⁰ Lebensmittelhersteller und -handel argumentieren häufig, dass sie Rohstoffe bei sehr hohen Preisen gekauft hätten – die jetzt »gezwungenermaßen« weitergegeben werden müssten. Ob dies stimmt, kann nicht überprüft werden, denn die Preissetzung bei Lebensmitteln ist extrem intransparent.

**Preisgestaltung bei
Lebensmitteln –
extrem intransparent**

Bereits im April 2023 deutete die Europäische Zentralbank an, dass die steigenden Preise vieler Güter nicht allein durch gestiegene Betriebskosten erklärt werden konnten. Vielmehr sind im Jahr 2022 Stückgewinne im gesamten Euroraum stärker gestiegen als die Lohnstückkosten – daher sei von einer profitgetriebenen Inflation auszugehen.¹¹ Von einer Gierflation kann man sprechen, wenn die Preiserhöhungen von Unternehmen deutlich über den Herstellungskosten (Rohstoffe, Arbeitskräfte, Energie usw.) liegen. Unter anderem durch den Krieg gegen die Ukraine wurden starke Preiserhöhungen bei Lebensmitteln ausgelöst. Diese Situation wurde von einigen Unternehmen genutzt, um im Schatten hoher Energie- und Rohstoffkosten ihre Preise über das normale Niveau zu erhöhen und ihre Gewinne somit zu steigern. Profite sind dann als preistreibend zu bewerten, wenn die Stückgewinne über einen

längeren Zeitraum mit einer höheren Rate steigen als das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank.¹² Bei einem starken Anstieg der Preise importierter Vorleistungen folgt daraus, dass bereits konstante Gewinnmargen preistreibende Stückgewinne bedeuten können. Die maßgebliche Rolle, die die gestiegenen Unternehmensgewinne bei der einheimischen Inflation spielen und gespielt haben, ist inzwischen eindeutig: Zahlreiche Studien zeigen, dass die Stückgewinne in Deutschland seit dem Frühjahr 2022 gesamtwirtschaftlich einen deutlichen Beitrag zur Preissteigerung jenseits des Inflationsziels (geleistet) haben. Eine Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung zeigt auf, dass preistreibende Gewinne in Deutschland allerdings nur in bestimmten Wirtschaftsbereichen zu beobachten sind – unter anderem im Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Im Bereich Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei war ein starker Gewinnanstieg im Jahr 2022 zu beobachten, der sich 2023 allerdings zurückgebildet hat.¹³

Eine Studie des ifo-Instituts stellt eine Preissteigerung insbesondere bei Unternehmen in Landwirtschaft, Handel und Gastgewerbe über die Teuerung der Vorleistungen hinaus fest. Während der Preisanstieg in der Landwirtschaft durch erhöhte Weltmarktpreise und Unsicherheit erklärt werden kann, scheinen Handelsunternehmen den Kostenschub 2022 auch als Vorwand genutzt zu haben, ihre Gewinnsituation zu verbessern. Insgesamt lagen die Gewinnanteile der Wertschöpfung sowohl im Handel als auch in der Landwirtschaft 2022 deutlich höher als noch drei Jahre zuvor: Seit Beginn der Corona-Pandemie erhöhten sich die Gewinnmargen in Deutschland über alle Sektoren hinweg insgesamt um 14 Prozent, wobei die Agrarindustrie mit 63 Prozent und der Bereich Handel, Transport und Gastgewerbe mit 25 Prozent deutliche Treiber dieses Trends waren.¹⁴

Damit übereinstimmend zeigt eine Untersuchung von Allianz Trade, dass besonders die sog. »unerklärte« Komponente der Inflation stark angestiegen ist: Erhöhte Betriebskosten lieferten nur einen Teil der Erklärung für die Diskrepanz der Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkt und im Einzelhandel – wahrscheinlich ist, dass der Lebensmittelsektor seine Margen ausgeweitet hat. Dabei hätten anfangs Lebensmittelhersteller und nicht Einzelhändler ihre Preise am stärksten erhöht. Die Einzelhändler haben daraufhin im Laufe der Zeit den Großteil der Mehrkosten an Verbraucher:innen weitergegeben.¹⁵

Leider lässt die Datenlage nicht zu, abschließend zu bestimmen, was genau Ursache der gestiegenen Stückgewinne war. Laut IMK lässt der Schwerpunkt der Gewinnanstiege in Bereichen ohne Produktionsausweitung jedoch darauf schließen, dass eine Überschussnachfrage keine plausible Erklärung für den preistreibenden Anstieg der Stückgewinne gewesen sein kann. Gierflation könnte von politischer Seite durch eine Preisbremse gegen die Teuerung oder durch eine stärkere Gewinnbesteuerung (Abschöpfung von Gewinnmitnahmen) und eine sozialorientierte Verteilung der Einnahmen unterbunden werden, um die Folgen der Profit-Preis-Spirale für Verbraucher:innen mit kleinen oder ohne eigene Einkommen abzumildern.

Lebensmittelhandel als Schützer der Verbraucher:innen?

Vertreter:innen des Lebensmitteleinzelhandels stellen sich jedoch als Schutzpatron der Verbraucher:innen dar, die nur durch erpresserische Lebensmittelunternehmen zu Preissteigerungen gezwungen seien. In Preisverhandlungen müssten sie multinationalen Konzernen »die Stirn bieten«, um selbstlos für die Verbraucherwohlfahrt zu kämpfen.¹⁶ Wie die Machtverhältnisse zwischen Lebensmittelindustrie und dem Oligopol im Lebensmitteleinzelhandel aus Edeka, Rewe, der Schwarz-Gruppe (Kaufland und Lidl) und Aldi wirklich sind, zeigt eine umfangreiche Studie von Rainer Lademann und Mitja Kleczka: Die vier Konzerne haben einen Marktanteil von über 85 Prozent des Absatzes im deutschen Lebensmitteleinzelhandel und können so Hersteller und Landwirtschaft bei den Preisen stark unter Druck setzen – denn sie besitzen Preissetzungsspielräume. Nahezu 90 Prozent der Lebensmittelhersteller gaben Ende 2021 in einer Befragung an, dass eine ausbleibende Einigung mit den großen Ketten des Lebensmitteleinzelhandels ihre wirtschaftliche Existenz bedrohen würde. Fast 60 Prozent der befragten Hersteller können bei steigenden Grenzkosten (etwa in Form höherer Energie- oder Rohstoffkosten) keine oder allenfalls nicht kostendeckende Preiserhöhungen gegenüber diesen Lebensmitteleinzelhändlern durchsetzen.¹⁷ Dabei ist der Verhandlungsspielraum neben der Größe des Zuliefererbetriebs auch vom hergestellten Produkt und alternativen Vertriebs-

**Höhere Kosten –
noch höhere Gewinne**

**Lebensmittelsektor
weitet seine
Margen aus**

**Oligopol:
Vier Konzerne mit
85 Prozent Marktanteil**

kanälen abhängig. Kleinere Betriebe der Nahrungsmittelindustrie haben dabei deutlich weniger Druckmittel für Preiserhöhungen gegenüber den großen Ketten. Bereits 2014 stellte das Bundeskartellamt durch eine Sektoruntersuchung fest, dass der deutsche Lebensmitteleinzelhandel von vier Unternehmen dominiert wird und diese ihre enorme Marktmacht gegenüber Zulieferern durchsetzen können.¹⁸ Diese Marktmacht ist seither durch Übernahmen verschiedener Wettbewerber (z. B. Real) – auch mit ministerieller Unterstützung – weiter gewachsen.

Die Preiskrise hat längst die breite Masse erreicht

Vor allem Haushalte mit geringen Einkommen sind besonders stark von den hohen Preisen betroffen, wenn diese etwa nicht durch Ersparnisse abgefedert werden können.¹⁹ Über 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzt kaum oder keine Ersparnisse, um sich gegen die Inflation abzusichern und diese auszugleichen. Deutschland weist unter den westlichen Demokratien eine der höchsten Vermögensungleichheiten auf.²⁰ Zudem können die Preissteigerungen Verteilungseffekte nach sich ziehen, da unterschiedliche Haushaltstypen bzw. Einkommensgruppen unterschiedliche Güter und Dienstleistungen konsumieren, die wiederum unterschiedliche Teuerungsraten aufweisen können. Die Möglichkeiten für Ausweich- und Anpassungsreaktionen im Konsumverhalten oder die Notwendigkeit zum Verzicht im Konsum bestimmter Güter und Dienstleistungen variieren ebenfalls je nach Einkommen.

Alle Studien für Deutschland zeigen höhere relative Inflationsraten für Haushalte mit niedrigem Einkommen auf – denn sie geben einen überproportional hohen Anteil ihres verfügbaren Nettoeinkommens für Güter und Dienstleistungen des Grundbedarfs aus, die am stärksten von Inflation betroffen sind, sprich Lebensmittel und Energie. Der Konsum von Nahrungsmitteln kann nur bis zu einem gewissen Punkt reduziert werden und die Möglichkeit der Substitution ist (wenn überhaupt) nur auf günstigere Gütervarianten möglich, die jedoch vor allem bei ärmeren Haushalten schon zuvor konsumiert wurden. Darüber hinaus wächst die statistisch nicht erfasste und auch nur schwer erfassbare Armut solcher Menschen, deren Einkommen zwar klar über der Armutsrisikoschwelle liegt, allerdings wegen steigender Ausgaben trotzdem nicht mehr ausreicht, um die Lebenshaltungskosten zu decken.²¹

Politisches Handeln nicht in Sicht – was für einen wirksamen Verbraucherschutz notwendig ist

Doch politisches Handeln gegen steigende Lebensmittelpreise ist bisher kaum erkennbar und Verbraucher:innen werden mit den Folgen allein gelassen. Die Politik hat vor allem hinsichtlich der Corona-Pandemie und der kriegsbedingt explodierten Energiepreise mit umfangreichen Entlastungspaketen reagiert. Sie waren aber meistens nicht zielgerichtet, sondern sind eher nach dem Prinzip »Gießkanne« erfolgt – und der Bereich Ernährung wurde nicht gezielt adressiert.

Mit Blick auf die Anbieterseite geben verschiedene Analysen zwar erste Einblicke in die Verhandlungs- und Preisprozesse in der Lebensmittelwirtschaft. Doch Übergewinne von Unternehmen lassen sich nicht mit Gewissheit nachweisen. Dem Lebensmittelsektor mangelt es an Transparenz, denn detaillierte Bilanzen müssen Lebensmitteleinzelhändler aufgrund ihrer Gesellschaftsform nicht veröffentlichen. Eine Preismonitoringstelle für Lebensmittelpreise wäre ein erster Schritt, um überhaupt die Grundlagen für Kontrollinstrumente im Sinne des Verbraucherschutzes zu ermöglichen. Notwendig sind zusätzliche Kompetenzen für das Bundeskartellamt und wirksame Sanktionsmöglichkeiten. Um transparenter nachvollziehen zu können, ob sinkende landwirtschaftliche Erzeugerpreise auch bei Verbraucher:innen ankommen, ist in Österreich 2023 die Veröffentlichung eines Lebensmittel-Transparenzberichts beschlossen worden, der erste wurde bereits im Juli 2023 veröffentlicht.²²

In einer Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag gibt die deutsche Bundesregierung dagegen an, die Preisentwicklung bei Lebensmitteln genau zu beobachten, jedoch keine Maßnahmen zu planen, um die Preissteigerungen abzufedern.²³ In einer repräsentativen Umfrage vom Juni 2023 befürwortete demgegenüber die große Mehrheit der deutschen Verbraucher:innen eine vorübergehende Preisdeckelung bei Lebensmitteln, rund 55 Prozent sprachen sich sogar für einen dauerhaften Eingriff aus.²⁴

Ebenso wichtig wäre eine deutliche Kennzeichnung von Preiserhöhungen am Supermarktregal und in der Werbung. Auch Änderungen bei Gewichts- und Verpackungsgrößen sollten auf der Verpackung, am Regal und in der Werbung angegeben werden, sodass versteckte

**Stark betroffen:
Haushalte mit
geringem Einkommen**

**Dringend benötigt:
Monitoringstelle
für Lebensmittelpreise**

Preiserhöhungen erkennbar werden. Das würde gerade in Krisenzeiten Verbraucher:innen helfen und wäre ein wichtiger Schritt für den Verbraucherschutz.

Verbraucher:innen wurden und werden mit den Folgen der Preiskrise bei Lebensmitteln allein gelassen. Dabei haben die letzten Jahre gezeigt, dass der Lebensmittelmarkt zumindest in Krisenzeiten dringend Leitplanken braucht. In Zeiten rasant steigender Lebenshaltungskosten sind immer mehr Menschen in Deutschland von Ernährungsarmut betroffen. Stark steigende Lebensmittelpreise, Mitnahmeeffekte von Lebensmittelunternehmen, versteckte Preiserhöhungen und immer mehr Ernährungsarmut: Viele Probleme ohne politisches Handeln für einen wirksamen Verbraucherschutz in Deutschland.

Ernährungsarmut in Deutschland – Politik stellt sich taub

Drei Monate nach der Veröffentlichung des *Kritischen Agrarberichts 2023*, in dem über Ernährungsarmut und Defizite in der Sozialpolitik in Deutschland berichtet worden war,²⁵ hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL (WBAE) ein Gutachten zur Entwicklung von Ernährungsarmut veröffentlicht. Die Handlungsempfehlungen des Gremiums werden nach wie vor von der Politik weitgehend nicht beachtet. Unser Update zeigt: Innerhalb eines Jahres hat sich für die Betroffenen nichts verbessert.

**Bleibt unbeachtet:
Gutachten über
Ernährungsarmut**

Aktuelle Entwicklungen und Stellungnahme des WBAE 2023

In seiner Stellungnahme zeigt der WBAE mit Verweis auf die Erfahrungen aus der Coronapandemie, dass Politik und Gesellschaft in Deutschland Ernährungsarmut immer noch weitgehend übersehen.²⁶ Das ist nicht zufällig, sondern Ergebnis einer zu starken Fokussierung auf die individuelle Ernährungsverantwortung. Mangelernährung, ernährungsbedingte Erkrankungen und Ausschluss von der sozialen Teilhabe werden gern als Ergebnis fehlender Bildung und falscher Entscheidungen dargestellt: Die Narrative der »verantwortungsvollen Verbraucherentscheidungen« haben sich erfolgreich etabliert. Es stimmt zwar, dass Ernährungskompetenzen in der Bevölkerung rückläufig sind.²⁷ Doch alles Wissen der Welt nutzt wenig, wenn die materielle Grundlage fehlt. Solange die Rahmenbedingungen nicht verändert werden, geht der Fokus auf das Verhalten und die Verantwortung der Einzelnen an der Realität vorbei.²⁸

Übersehen wird, dass die heutigen Ernährungsumgebungen ungerecht sind und eine gesunde Ernährung erschweren.²⁹ Zudem sind die Leistungen der Grundsicherung für eine gesunde Ernährung – geschweige denn eine nachhaltige – nicht mal rechnerisch ausreichend.³⁰ Tabelle 1 zeigt, wie viel das Bürgergeld (vorher »Hartz IV«) seit dem 1. Januar 2023 für Nahrungsmittel vorsieht. Dabei lag die Lebensmittelinflation 2022 im Durchschnitt bei über 13 Prozent und seit März 2023 sind Lebensmittel mit einem Plus von 22 Prozent sogar die Treiber der gesamten Teuerungsrate.³¹ Die Tatsache, dass die Inflation nun kontinuierlich sinkt (6,1 Prozent im Oktober 2023), bedeutet noch lange nicht, dass auch die Preise sinken – sondern lediglich, dass sie nicht mehr so rasant steigen: Nahrungsmittel kosten immer noch rund 30 Prozent mehr als vor zwei Jahren.³² Indem die Anpassungen der Sozialleistungen wiederholt geringer ausfielen als die Nahrungsmittelteuerung, förderte die Sozialpolitik armutsbedingte Mangelernährung also noch zusätzlich.

**Grundsicherung
reicht nicht für
gesunde Ernährung**

Am stärksten betroffen von diesen Entwicklungen sind unter anderem Beschäftigte im Niedriglohnsektor (*working poors*, also arm trotz Arbeit), Menschen in Grundsicherung, Senior:innen mit kleiner Rente, Studierende mit BAföG, Auszubildende mit geringer Vergütung und Migrant:innen ohne Anspruch auf Sozialleistungen. Über 14 Millionen Menschen sind in einem wohlhabenden Land wie Deutschland von Armut betroffen oder bedroht, was rund 17 Prozent der Bevölkerung entspricht.³³ Je niedriger der sozioökonomische Status, desto quantitativ und qualitativ ungünstiger ist die Ernährung, umso höher sind das Risiko von Fehl- und Mangelernährung, die Übergewicht- und Adipositasrate sowie die Erkrankungs- und Sterbewahrscheinlichkeit. Die Prävalenz unter vulnerablen Bevölkerungsgruppen ist besonders hoch und die Folgen sind gravierend, vor allem für Kinder und Jugendliche.³⁴ Obwohl viele Länder seit Jahrzehnten zeigen, wie Daten zur Ernährungsarmut erhoben werden

**14 Millionen Menschen
von (Ernährungs-)armut
bedroht**

Tab. 1: Regelsatzanteil für Nahrungsmittel und Genusswaren im Bürgergeld 2023 und 2024 im Vergleich

| Regelbedarfstufe | Regelsatz 2023, in EUR/Monat | Nahrung, Getränke, Genusswaren, in EUR/Monat | Regelsatz 2024, in EUR/Monat | Nahrung, Getränke, Genusswaren, in EUR/Monat |
|--|------------------------------------|---|------------------------------------|---|
| Alleinstehende Person (1.) | 502,00 | 174,19 | 563,00 | 195,36 |
| Partner (2.) | 451,00 | 156,48 | 506,00 | 175,52 |
| Volljährige unter 25 Jahren, die im Haushalt anderer Personen leben (3.) | 402,00 | 139,49 | 451,00 | 156,50 |
| Kinder von 14 -17 Jahren (4.) | 420,00 | 145,74 | 471,00 | 163,48 |
| Kinder von 6 -13 Jahren (5.) | 348,00 | 120,76 | 390,00 | 135,33 |
| Kinder bis einschließlich 5 Jahren (6.) | 318,00 | 110,35 | 357,00 | 123,88 |

(Eigene Darstellung aufgrund des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz – RBEG. Der monatliche Regelsatz für Nahrungs- und Genussmittel beträgt 34,70 Prozent.)

können, fehlt eine solche solide Datengrundlage in Deutschland nach wie vor. Alle Schätzungen deuten jedoch darauf hin, dass Millionen Menschen betroffen sind.³⁵ Daraus leitet sich ein politischer Handlungsbedarf ab.

Ernährungsarmut an sich ist zwar ein verdrängtes, aber natürlich kein neues Phänomen. Doch die Preisentwicklungen der letzten zwei Jahre haben die Lage deutlich verschärft. Die Ursachen sind vielfältig: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Kriegs in der Ukraine, explodierte Energie- und Importgüterpreise, höhere Personalkosten, der Klimawandel – aber auch gestiegene Unternehmensprofite und Mitnahmeeffekte im Lebensmittel-sektor. Dazu sind im Jahr 2023 unterschiedliche Analysen erschienen (vgl. oben das Kapitel Von Gewinnmitnahmen zur Gierflation: Die Preiskrise in der Mitte der Gesellschaft). Wie der WBAE schreibt, hat die Politik während der Pandemie grundsätzlich mit viel Unterstützung reagiert, das Thema Ernährung jedoch weitgehend vernachlässigt.³⁶ Dieser Ansatz setzt sich weiterhin fort: Für die Bundesregierung ist eine »gesundheitsfördernde Ernährung« grundsätzlich auch »unter stark begrenzten Einkommensressourcen möglich«, einen »informierten, preisbewussten Einkauf« vorausgesetzt.³⁷ Doch die realen Kosten einer gesunden Ernährung werden in der Berechnungsgrundlage des Bürgergelds auch im Jahr 2023 nicht berücksichtigt, und ob die automatische Anpassung der Transferleistungen an das gesamte Preisniveau ab Januar 2024 (Tab. 1) als Inflationsausgleich reichen wird, bleibt abzuwarten. Sehr problematisch ist zudem das Übersehen der sozialen Ernährungsarmut.³⁸

Handlungsdruck auf Politik steigt

Bereits in seinem Gutachten von 2020 hatte der WBAE zahlreiche Empfehlungen für die Bundesregierung formuliert und sehr deutlich für die Gestaltung »fairer Ernährungsumgebungen« geworben: auf die Menschen abgestimmte Rahmenbedingungen, die die nachhaltigere Wahl einfacher, erschwinglich und attraktiver machen und eine gesunde und nachhaltigere Ernährung im Alltag aller ermöglichen.³⁹ Bei deren Gestaltung liegt Deutschland im internationalen Vergleich zurück.⁴⁰ In der aktuellen Stellungnahme wiederholt der WBAE die Forderungen nach höheren finanziellen Transfers, einem Systemwechsel in der Kita- und Schulverpflegung sowie einem integrativen Blick, der materielle und soziale Ernährungsarmut zusammendenkt und damit sowohl Versorgungsmängel vermeidet als auch soziale Teilhabe ermöglicht.⁴¹

Sämtliche Empfehlungen des WBAE können im Detail in der Stellungnahme nachgelesen werden. Eins ist aber klar: An Stellschrauben, die gedreht werden können, um das Menschenrecht auf angemessene Nahrung in Deutschland zu verwirklichen, mangelt es durchaus nicht – das folgende Kapitel *Nudging der anderen Art – Marketing für Kinderlebensmittel am Beispiel von Nahrungsergänzungsmitteln* zeigt ein Beispiel. Unbeantwortet bleibt weiterhin die Frage, warum alle Vorschläge bei der Politik bislang weitgehend auf taube Ohren stießen.

**Politik ignoriert
reale Kosten für
gesunde Ernährung**

**Gutachten fordert
»faire Ernährungs-
umgebungen«**

Nudging der anderen Art – Marketing für Kinderlebensmittel am Beispiel von Nahrungsergänzungsmitteln

Durch »Nudging«, also »Anstoßen« oder »Stupsen«, bringt man jemanden auf mehr oder weniger subtile Weise dazu, etwas Bestimmtes einmalig oder dauerhaft zu tun oder zu lassen – so die Definition des Begriffs im Gabler Wirtschaftslexikon.⁴² Dadurch sollen Menschen ohne Verbote, Regeln oder ökonomische Anreize in eine positive Richtung gelenkt werden und sich freiwillig beispielsweise für das »gesündere« Mittagessen in der Schulmensa entscheiden oder lieber zum leicht erreichbaren Obst als zum versteckt platzierten Kuchen greifen. Wird ein derartiges Nudging vom Staat eingesetzt, spricht man vom »libertären Paternalismus«. Darunter versteht man, dass Menschen nicht immer in der Lage sind, richtige Entscheidungen zu treffen, und der Staat zum Wohle der Bürger:innen handelt. Kritiker:innen dagegen sehen das als Einschränkung der Entscheidungsfreiheit an.

Ernährung und Nudging: Lieber eigenverantwortlich ungesund?

Derartige Nudges begegnen uns täglich, beispielsweise bei der Default-Einstellung auf Internetseiten, durch thematisch zusammenpassende Angebote im Supermarkt, durch »Topseller«-Listen, aber auch – positiv – auf Lebensmitteln in Form des Nutri-Scores. Gerade in Bezug auf eine gesundheitsfördernde Ernährung der Bevölkerung heißt es nach englischem Vorbild sehr häufig, »make the healthier choices the easier«. Damit sollte die dortige Bevölkerung ab dem Jahr 2000 angesichts des drastischen Anstiegs ernährungs(mit)bedingter Erkrankungen bei der Auswahl gesünderer Lebensmittel unterstützt werden. Seitdem ist dort viel passiert, bis hin zu Zuckersteuern bei Getränken.

»Make the healthier choice the easier«

In Skandinavien und Großbritannien spielt der Staat eine aktive Rolle für die Gewährleistung gesundheitsförderlicher Lebens- und Ernährungsweisen. Dort werden sowohl die Lebensmittel- als auch die Werbeindustrie viel stärker in die Verantwortung genommen. Deutschland gehört dagegen zu den Ländern, in denen eine individualistische Sichtweise auf Krankheit und Gesundheit herrscht.⁴³ Oder wie Julia Klöckner, frühere für Ernährung zuständige Staatssekretärin und Ministerin, Anfang 2010 erklärte: »Jeder hat das Recht, sich absolut falsch zu ernähren«.⁴⁴

Das erklärt auch, warum sich bei uns beide Industrien aktuell so massiv dagegen wehren, dass das Marketing für Kinderlebensmittel eingeschränkt werden soll oder gar behaupten, dass diese Lebensmittel ganz verboten werden sollen. Konkret plant Bundesernährungsminister Cem Özdemir, an Kinder und Jugendliche gerichtete Werbung für ernährungsphysiologisch ungünstige Lebensmittel zu verbieten – so wie im Koalitionsvertrag verankert.⁴⁵ Kinder- und Jugendärzte, Fachgesellschaften (z. B. Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten [DANK], Deutsche Diabetes Gesellschaft, Deutsche Adipositas-Gesellschaft), Krankenkassen und Verbraucherorganisationen wie der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) fordern das seit Jahren.⁴⁶ Lebensmittelindustrie,⁴⁷ Werbewirtschaft, aber auch politische Parteien wie die Regierungspartei FDP⁴⁸ und die CSU wittern darin staatliche Bevormundung. Die Süßwarenindustrie hält den Gesetzesvorschlag gar für verfassungswidrig.⁴⁹ Und immer wieder wird auf die Verantwortung der Eltern und die Vermittlung von Medienkompetenz durch die Schule verwiesen.

Mehr Gewinne oder mehr Gesundheit?

Lebensmittelwerbung hat einen nachhaltigen Einfluss auf das Ernährungsverhalten bei Kindern unter 14 Jahren.⁵⁰ Laut Marketingexperten ist Werbung jedoch kein Nudging, auch wenn die Kund:innen in beiden Fällen dazu bewegt werden, etwas zu kaufen. Nudging wäre subtil, während bei Werbung den Kund:innen meist klar wäre, dass sie zum Kauf bewegt werden sollen.⁵¹ Bleibt die Frage, ob es Kindern bewusst ist, dass sie durch eine Kinder ansprechende Aufmachung zum Konsum angeregt werden, insbesondere wenn sie den Eltern damit vielleicht auch noch eine Freude machen. Also doch subtiles Nudging?

Damit kommen wir zum Marketing für Kinder-Nahrungsergänzungsmittel (NEM). In erster Linie geht der Einkauf – zumindest die allererste Kaufentscheidung – vermutlich von wohlmeinenden oder besorgten Eltern bzw. Großeltern aus. So wie früher beim nicht gerade wohlschmeckenden Lebertran, der Kindern vor allem während und nach dem Zweiten Weltkrieg verabreicht wurde. Findige Kaufleute kamen dann Mitte der 1960er-Jahre auf die Idee,

diesen durch nach Vanille und Apfelsine schmeckende, dickflüssige Sirupe mit synthetischen und naturidentischen Vitaminen zu ersetzen. Das Nudging-Marketing für Kinder-NEM war geboren. Zunächst wurde über den Geschmack der Spaß am Verzehr angeregt.

**Besser in der Schule –
dank Nahrungs-
ergänzungsmittel?**

Moderne Kinder-NEM haben die Form von Bärchen, Fruchten, Autos oder Hundepfötchen in Anlehnung an eine bekannte Kinder-Serie und bestehen aus Fruchtgummi, Toffees oder sind zum Kauen. Beworben werden sie mit Comic-Helden, Tieren oder einfach fröhlichen, aktiven Kindern. Den Eltern werden diese Supplemente mit Aussagen wie »für Konzentration und Lernfähigkeit« oder »Schlechtwetter-Vitamine für die Immunkraft« schmackhaft gemacht. Die Produkte suggerieren Gesundheit, Intelligenz und beste schulische Leistungen. Und so bekommt mindestens jedes zehnte Kind in Deutschland täglich Nahrungsergänzungsmittel oder mit Vitaminen und Mineralstoffen angereicherte Lebensmittel, einige sogar beides. Viele bunte Früchte auf den Verpackungen suggerieren im Kontext der Nahrungsergänzung eine gewisse Gleichwertigkeit des Produktes mit Früchten (möglicher Ersatz).

Marktcheck der Verbraucherzentrale zeigt besorgniserregenden Trend

In einer Stichprobe hat die Verbraucherzentrale NRW im März/April 2023 33 Nahrungsergänzungsmittel für Kinder geprüft.⁵² Die Produkte enthalten eine bunte Palette an fast allen zugelassenen Mikronährstoffen. Eine klare Strategie zur Nahrungsergänzung bei Kindern anhand der Versorgungslage ist nicht erkennbar, die Anreicherung erscheint willkürlich und konzeptlos. Warum Kinder zur täglichen Ergänzung ihrer Nahrung ausgerechnet Pflanzenauszüge aus Brunnenkressekraut, Löwenzahnblättern oder Korianderfrüchten, Holunder- und Tagetesextrakt, Kolostrumkonzentrat oder Milchsäurebakterien benötigen, erschließt sich nicht. Darüber hinaus wurden Obst-, Fruchtsaft- und Gemüseextrakte eingesetzt.

**Mehr Vitamine
und Mineralstoffe
als sinnvoll**

Auch mit Blick auf die enthaltenen Mengen an Vitaminen und Mineralstoffen stellen sich Fragen. So werden bei 23 Produkten (70 Prozent) die DGE-Referenzwerte für die tägliche Zufuhr von Vitaminen und Mineralstoffen bei Kindern von vier bis sieben Jahren überschritten. Das betrifft vor allem Vitamin C, aber auch B-Vitamine sowie Vitamin A, außerdem die Mineralstoffe Zink, Mangan und Selen. Insgesamt 13 der 33 Produkte (39 Prozent) erreichten oder überschritten sogar die Höchstmengenempfehlungen des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) für Personen ab 15 Jahren.⁵³ Substanzen wie Vitamin A, Beta-carotin oder Kupfer sollten in Nahrungsergänzungsmitteln für Kinder laut BfR gar nicht enthalten sein.

Ernährungsphysiologisch sind die meisten dieser Produkte also kritisch zu sehen. Und damit kommen wir wieder zum Nudging: 22 der NEM (67 Prozent) hatten eine den Süßigkeiten ähnliche Darreichungsform wie Kau- oder Lutschbonbons, Toffees bzw. Soft-Gummibonbons in kindgerechten Geschmacksrichtungen. Darüber hinaus waren neun (27 Prozent) auch noch in besonders kindgerechter Form, wurden oft auch als »Gummibärchen« oder »Vitamin-Bärchen« bezeichnet. Andere Produkte waren flüssig, in Gelform oder »Direktstics« mit Ähnlichkeit zu den beliebten »Quetschies«.

**Gezielte Irreführung
von Eltern und Kind**

Eine Darreichungsform im Bärchenformat hatte das Landgericht München im März 2021 für unzulässig erklärt, weil Verbraucher:innen bei NEM eher an Arzneiformen (wie in § 1, Abs. 1 [3] der NEM-Verordnung aufgeführt) gewöhnt sind und nicht an Genussprodukte wie Süßwaren im Sinne der Zuckerwaren-Richtlinie.⁵⁴ In der Revision hat das OLG München dann allerdings geurteilt, dass ein Verstoß gegen das Irreführungsverbot nur dann vorliegt, wenn ein solches Bärchen (Tagesdosis 1 Stück) mit der Aussage »Naschen für...« beworben wird.⁵⁵ Allerdings ging es dabei um ein Produkt für Erwachsene. Form und Optik allein reichten für eine Irreführung »eines aufmerksamen, verständigen Verbrauchers« nicht aus, wenn das NEM im Umfeld anderer NEM verkauft würde. Allerdings kann man das auf Kinder sicherlich nicht anwenden, da diese das Produkt ja nicht selbst einkaufen.

Die für Kinder gedachten NEM können durch ihre Form oder Konsistenz durchaus mit echten Süßigkeiten oder eben Quetschies verwechselt werden. Möglicherweise wird auch nicht verstanden (oder von Eltern nicht intensiv genug gelesen), dass bzw. warum jetzt nur ein einziges Gummibärchen pro Tag (empfohlene, nicht zu überschreitende Tagesdosis laut Hersteller) erlaubt sein soll. Es besteht durchaus die Gefahr des (heimlichen) »Naschens«, sodass eine potenzielle Überdosierung nicht auszuschließen ist.

Nach derzeitigem Stand ist das alles legal – wobei sich da die zahlreichen Lücken im Regelungsrahmen zeigen. Auf jeden Fall aber handelt es sich um ein sehr gezieltes Nudging von Kindern, damit Eltern ihnen auch weiterhin die häufig recht teuren Nahrungsergänzungsmittel kaufen.

Neue Gentechnik – erfolgreiche Regulierung droht sich in Luft aufzulösen

Die Mehrheit der Verbraucher:innen in Deutschland will keine Gentechnik, weder auf dem Acker, noch im Stall und schon gar nicht im Essen. Das gilt auch für die neuen gentechnischen Verfahren des Genome Editing wie z. B. CRISPR/Cas. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat 2017 eine Fokusgruppenbefragung⁵⁶ und 2019 eine Verbraucherkonferenz zu den neuen gentechnischen Verfahren durchgeführt.⁵⁷ Das Fazit lautete, dass Genome Editing viel Potenzial besitze, aber dafür klare Regeln erforderlich sind.⁵⁸ Die beteiligten Verbraucher:innen lehnten deren Einsatz in der Landwirtschaft mehrheitlich ab, weil sie das Risiko höher einschätzten als den potenziellen Nutzen – eine Skepsis, die aus der klassischen Gentechnik bekannt und vielfach bestätigt ist. Schon die bisherige Gentechnik ist vor Jahrzehnten mit dem Versprechen angetreten, die Landwirtschaft nachhaltiger zu machen oder die Ernährung besser zu sichern. Erfüllt haben sich diese Versprechen nicht, im Gegenteil. Der Hunger hat nicht abgenommen. Die Abhängigkeit von Saatgut- und Pflanzenschutzmittelkonzernen hat weiter zugenommen und damit auch der Pestizideinsatz mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen für die Anwender:innen, die Verbraucher:innen und die Umwelt.⁵⁹

**Neue Gentechnik:
Verbraucher:innen
bleiben skeptisch ...**

Besonders wichtig ist Verbraucher:innen beim Thema Gentechnik die Wahlfreiheit und ein hohes Schutzniveau. Immer mehr Verbraucher:innen treffen auch entsprechende Konsumentscheidungen. Die Nachfrage nach erkennbar gentechnik-freien Lebensmitteln wächst rasant. Im Jahr 2022 ist der Umsatz mit »Ohne Gentechnik«-Produkten in Deutschland um rund 21 Prozent auf knapp 16 Milliarden Euro gestiegen.⁶⁰ Auch der Umsatz von Produkten aus Ökologischer Landwirtschaft ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und erreichte im Jahr 2022 rund 15 Milliarden Euro.⁶¹ 92 Prozent der Verbraucher:innen wünschen, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel, ob mit neuen oder klassischen Verfahren, gekennzeichnet werden.⁶² In einer weiteren Umfrage aus dem Jahr 2021 gaben 83 Prozent der Befragten außerdem an, dass die neue ebenso wie die klassische Gentechnik einer umfassenden Risikobewertung nach dem gültigen Gentechnikrecht unterzogen werden sollte.⁶³ Deshalb war es aus Verbrauchersicht ein großer Erfolg, dass der Europäische Gerichtshof am 25. Juli 2018 urteilte, dass auch neue Verfahren wie CRISPR/Cas zur Gentechnik zählen und somit nach dem Gentechnikrecht reguliert werden müssen. Dieser Erfolg droht sich mit dem neuen Verordnungsvorschlag der EU-Kommission vom Juli 2023 in Luft aufzulösen. Am 11. Dezember 2023 fand sich jedoch im EU-Agrarrat keine qualifizierte Mehrheit für den Kompromissentwurf der Ratspräsidentschaft. Die Entscheidung wird damit auf 2024 vertagt.

**... und verlangen
klare Kennzeichnung**

Rückschritt bei Transparenz und Wahlfreiheit der Verbraucher:innen

Nach den Plänen der Europäischen Kommission würden für den überwiegenden Teil der Lebensmittel aus neuen gentechnischen Verfahren zukünftig die Risikoprüfung und das Zulassungsverfahren entfallen. Auch müssten sie nicht mehr gekennzeichnet werden. Die Wahlfreiheit von Verbraucher:innen wäre folglich sehr eingeschränkt. Sie könnten bei konventionellen Lebensmitteln nicht mehr erkennen, ob sie gentechnisch erzeugt wurden. Zwar soll die Gentechnikfreiheit bei ökologisch erzeugten Lebensmitteln sichergestellt werden. Mehr als fraglich ist aber, wie das langfristig gewährleistet werden kann. Mögliche Risiken für Menschen und Umwelt würden zudem ausgeblendet. Der Vorschlag steht nicht im Einklang mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu Risikobewertung und -management (siehe hierzu den Beitrag von Christoph Then in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 280-285).⁶⁴

**Wahlfreiheit nicht
mehr gewährleistet**

Verbraucherzentralen fordern Einhaltung des Vorsorge- und Verursacherprinzips

Der Verbraucherzentrale Bundesverband und die Verbraucherzentralen fordern das Vorsorgeprinzip konsequent anzuwenden.⁶⁵ Dazu gehört eine routinemäßige Risikobewertung für

**Verursacher- und
Vorsorgeprinzip müssen
beibehalten werden**

alle Pflanzen und Produkte, die mithilfe neuer und klassischer Gentechnik erzeugt wurden. Dabei sind nicht nur die beabsichtigten Effekte zu berücksichtigen, sondern auch die unbeabsichtigten Effekte für den Organismus und daraus resultierende Folgen für Mensch, Tier oder Umwelt. Deshalb sollte immer eine Umweltprüfung erfolgen, bevor Neue-Gentechnik-Pflanzen (NGT-Pflanzen) in die Natur freigesetzt werden. Die Forschung für die Entwicklung von Nachweismethoden muss intensiviert werden. Eine Datenbank sollte die Rückverfolgbarkeit des Saatguts ermöglichen und Unternehmen sollten verpflichtet werden, Nachweisverfahren in der Datenbank zu hinterlegen. Auch das Verursacherprinzip ist konsequent anzuwenden und muss in einer Haftungsregelung zulasten der Gentechnikanwender zum Ausdruck kommen. Für die Wahlfreiheit der Verbraucher:innen ist es erforderlich, dass alle NGT-Pflanzen und Produkte daraus als solche erkennbar sind und gekennzeichnet werden. (Zur Diskussion um die Regulierung der Neuen Gentechnik siehe auch den Beitrag von Annemarie Volling in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 269-279.)

Auflösung der Borchert-Kommission – Abschied vom Umbau der Nutztierhaltung?

**Umbau der
Tierhaltung überfällig**

Das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung – auch bekannt als Borchert-Kommission – hat sich im August 2023 selbst aufgelöst.⁶⁶ Die Empfehlungen des Kompetenznetzwerks wurden weder eingeleitet, geschweige denn umgesetzt. Auch der Entwurf des Bundeshaushalts 2024 lässt keinen grundlegenden Durchbruch erkennen, so die Kommission. Der Umbau der Tierhaltung ist vor allem aus Klima- und Tierschutzgründen überfällig. Die tierschutzrechtlichen Anforderungen sollten erhöht, die Tierzahlen reduziert und eine verbindliche Transparenz in Form eines Tierwohllabels geschaffen werden. Zudem spielt der Klimaschutz eine wichtige Rolle: Etwa 69 Prozent der ernährungsbedingten, klimawirksamen Gase stammen aus tierischen, dagegen nur 30 Prozent aus pflanzlichen Lebensmitteln.⁶⁷

Das Kompetenznetzwerk hat die Kosten für den Umbau der Tierhaltung auf drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Die Bundesregierung hat aktuell eine Milliarde Euro für den Umbau der Tierhaltung vorgesehen, allerdings wird der Betrag über vier Jahre gestreckt, so dass pro Jahr nur 250 Millionen zur Verfügung stehen werden, die für einen echten Umbau nicht ausreichen. Um eine dauerhafte Finanzierung wird weiter gerungen. So ist auch eine »Tierwohlabgabe« mit einem möglichen Aufschlag von 40 Cent pro Kilogramm Fleisch vorgesehen, doch auch die Abgabe ist noch nicht auf den politischen Weg gebracht.

**Wenig ambitioniertes
Tierhaltungsetikett**

Zur Halbzeit der Ampelregierung bleiben gesetzgeberisch nur die Änderungen des Baugesetzbuches und das neue Tierhaltungskennzeichnungsgesetz: ein wenig ambitioniertes Tierhaltungsetikett, das der Handel in ähnlicher Form bereits seit einigen Jahren auf dem Markt etabliert hat und erst mal nur für Schweinefleisch sowie für verpacktes Fleisch im Einzelhandel gilt. Immerhin konnte ein wichtiger Anspruch aus Sicht von Verbraucher:innen (eine verpflichtende Kennzeichnung) eingelöst werden.

Die Empfehlungen des Kompetenznetzwerks sind ein starkes Signal an die Politik, denn die zukunftsweisende Arbeit hatte sehr unterschiedliche Interessen zusammengeführt. Für die Umsetzung des Konzepts des »Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung« sind unter anderem eine langfristig gesicherte Finanzierung der Mehrkosten der Tierhalter:innen, eine Rechtssicherheit bei der Modernisierung der Ställe und sukzessive Fortschritte bei Tierwohl und Haltungskriterien notwendig. Und auf Seiten der Verbraucher:innen braucht es Maßnahmen zur Akzeptanz für die höheren Standards der dann teureren Fleisch- und Milchprodukte.

**Gesellschaftliche
Akzeptanz erforderlich**

Der Erfolg des kostenintensiven Umbaus hängt auch von der gesellschaftlichen Akzeptanz und damit von den Verbraucher:innen ab. Für Verbraucher:innen mit kleinem Budget müssen die Preissteigerungen daher finanziell und sozialpolitisch abfedert werden. Dafür müssen die Regelbedarfe der Grundsicherung angepasst und eine Sonderzahlung oder Steuerrückzahlung für einkommensschwache Haushalte in Form einer »Nachhaltigkeitsprämie« erfolgen, so wie es die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) vorgeschlagen hat.⁶⁸ Allerdings ist die Einführung dieser Vorschläge ebenso unklar.

Dennoch liegt das Konzept des Kompetenznetzwerkes weiterhin auf dem Tisch und löst sich nach dem Rücktritt nicht in Luft auf; auch bleibt der gesellschaftliche Druck weiterhin

hoch. Mit dem Kompetenznetzwerk geht aber ein wichtiges Gremium für den Umbau der Nutztierhaltung verloren. Die Zeit läuft gerade gegen eine geordnete Neuausrichtung der Tierhaltung. In nur zwei Jahren haben fast ein Fünftel der schweinehaltenden Betriebe wegen des hohen Preisdrucks aufgegeben.⁶⁹ Schaut die Politik dem Strukturbruch weiterhin nur zu, bleiben am Ende wenige große Tierhaltungsbetriebe mit Intensivhaltung übrig. In vielen ländlichen Regionen sind kleine und mittelständische Tierhalter:innen häufig die letzten Höfe der Region. Wenn diese nun wegen der Preiskrise und fehlender Zukunftsperspektive verschwinden, holt diese Betriebe niemand mehr zurück.⁷⁰

Fünf Kernforderungen an die Politik

1. **Bekämpfung der Ernährungsarmut.** Die Regelsätze der sozialen Grundsicherung müssen so weit angehoben werden, dass sie Einkommensarmut verhindern. Die realen Kosten einer gesunden Ernährung müssen bei der Berechnung der Grundsicherungsleistungen berücksichtigt und einmal im Jahr aktualisiert werden. Zudem muss Armut trotz Arbeit (*working poor*) reduziert werden – durch höheren Mindestlohn, Stärkung der Tarifbindung und Qualifizierung zur Erwerbsbeteiligung. Die Bekämpfung von materieller und sozialer Ernährungsarmut sowie die Gewährleistung der Ernährungssicherheit sollen als Schwerpunkte in den bundesweiten und landesweiten Nachhaltigkeits- und Ernährungsstrategien verankert werden. Die Festlegung von verbindlichen Zielen und ein kontinuierliches Monitoring der Ernährungssituation der privaten Haushalte sollen entwickelt und zu einem festen Teil der Sozialberichterstattung werden.
2. **Transparenz schaffen bei der Preisbildung von Lebensmitteln.** Bisher gibt es keine Transparenz über die Preisbildung von Lebensmitteln und damit sind auch einzelproduktbezogene Aussagen über Preisentwicklungen kaum möglich. Deshalb fordert die Verbraucherzentrale NRW eine Monitoringstelle für Lebensmittelpreise einzurichten. Untersucht werden sollen auffällige, nicht angemessene Verbraucherpreise konkreter Produkte und Marken, die zu übermäßigen Belastungen von Verbraucher:innen führen. Mit Daten der Warenwirtschafts-, Kassensysteme und EAN-Codes können die Preise im Handel leicht dokumentiert und analysiert werden. Im nächsten Schritt können Erzeugerpreise bewertet werden, sodass Mitnahmeeffekte und Marktmissbrauch in der Wertschöpfungskette den Verursachern zugeordnet und sanktioniert werden können. Nicht nur Sonderangebote, sondern auch Preiserhöhungen sollten leicht erkennbar am Regal und in der Werbung angegeben werden. Im Sinne von Transparenz und Schutz der Verbraucher:innen vor versteckten Preiserhöhungen muss neben dem aktuellen Grundpreis, auch der niedrigste Grundpreis der letzten 30 Tage gekennzeichnet werden.
3. **Strikte Vorgaben für Kinderwerbung und Kinderlebensmittel.** Das Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel ist überfällig. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass endlich der Gesetzesvorschlag von Minister Özdemir umgesetzt wird. Denn auch hier zeigt sich, dass freiwillige Selbstverpflichtungen nicht funktionieren. Zusätzlich sollten für Kinderlebensmittel gesetzlich verbindliche Höchstwerte für Zucker, Fett und Salz nach den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation eingeführt werden. Die freiwilligen Maßnahmen im Rahmen der Reduktionsstrategie reichen nicht aus. Auch sollten verbindliche Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen eingeführt werden, beginnend mit Kitas und Schulen.
4. **Nahrungsergänzungsmittel strenger regulieren.** Dringend benötigt werden nach Altersgruppen differenzierte Höchstmengen für Vitamine und Mineralstoffe, insbesondere zur Vermeidung von gesundheitlichen Risiken für Kinder. Wichtig sind auch Positivlisten für »sonstige Stoffe« wie Pflanzenextrakte, da es für diese weder Qualitätsstandards noch Reinheitsanforderungen oder Bestimmungen über zulässige Mengen gibt. Überfällig ist auch ein nationales Prüfverfahren, bevor diese Produkte auf den Markt gelangen.
5. **Keine Deregulierung der Neuen Gentechnik.** Das Vorsorgeprinzip muss aufrecht erhalten bleiben. Das Europäische Parlament und die Bundesregierung müssen den bisherigen strengen Rechtsrahmen mit Zulassungsverfahren und umfassender Risikobewertung für alle gentechnisch veränderten Lebensmittel beibehalten – auch für neue gentechnische Verfahren. Verbraucher:innen müssen vor möglichen unbeabsichtigten Veränderungen bei gentechnisch veränderten Produkten geschützt werden. Ebenso muss die Wahlfreiheit zwischen gentechnisch veränderten und konventionell erzeugten Lebensmitteln erhalten bleiben. Dafür ist eine klare und verständliche Kennzeichnung aller gentechnisch veränderten Produkte zwingend notwendig, egal ob neue oder klassische Gentechnik.



Bedeutung der Tierhaltung für eine nachhaltige Landwirtschaft

Eine nachhaltige Landwirtschaft erzeugt auf nutzbaren Flächen möglichst viele und vielfältige Lebensmittel und belastet Umwelt und Klima möglichst wenig. Die Landwirtschaft erzeugt ganze Pflanzen, von denen meist nur ein Teil überhaupt essbar ist, wie etwa bei Weizen, bei dem nur ein Drittel als Lebensmittel – also Mehl – gewonnen wird. Bei der Kreislaufwirtschaft geht es unter anderem um die Nutzbarmachung von nicht essbarer Biomasse.

Die Reste aus der Produktion von Mehl, Stärke, Zucker, Pflanzenölen, Bier, Alkohol usw. werden fast vollständig in der Tierfütterung verwendet und tragen zur Wiederverwendung der enthaltenen Pflanzennährstoffe in bedeutendem Maße bei (und sind weitgehend nicht für die menschliche Ernährung nutzbar). Ein Teil der Biomasse, die heute verrottet, könnte in Biogasanlagen nutzbringend zur Energiegewinnung verwendet und gleichzeitig als Pflanzennährstoffe effizient aufbereitet werden. In der Tierhaltung wird nicht essbare Biomasse zu hochwertigen Wirtschaftsdünger verwertet und die Tiere liefern gleichzeitig Lebensmittel.

Die Agrarflächen in Deutschland bestehen zu circa 30 Prozent aus Grünland, auf dem meist keine Nahrungsmittelpflanzen angebaut werden können, das aber Futter für Nutztiere liefert. Eine nachhaltige Landwirtschaft braucht Tiere für eine Kreislaufwirtschaft, dabei sind zu wenige Nutztiere genauso nachteilig wie zu viele. Mit mehr regional angepassten und robusten Tierrassen ist eine Wiederhinwendung zur Weidewirtschaft möglich.⁷¹ Heute wird rund 60 Prozent der gesamten Anbauflächen in Deutschland für Futtermittel genutzt. Hinzu kommen hohe Soja- und Maisimporte aus Übersee. Die Stoffkreisläufe in der Landwirtschaft sind weder geschlossen, noch erfüllt die Landwirtschaft ein hohes Maß an Ernährungssicherheit. Würden diese Ziele konsequent verfolgt, würde die Zahl der Tiere automatisch reduziert auf ein für Umwelt und Klima und eine nachhaltige Ernährungsweise verträgliches Maß.

**Nachhaltige
Landwirtschaft
braucht Tiere**

Anmerkungen

- 1 Siehe den Beitrag von S. Monetti: Ernährungsarmut in Deutschland. Privatisierung des Hungers statt vorsorgender Sozialpolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2023, S. 331-337.
- 2 »Bundesminister Özdemir dank Borchert-Kommission für erfolgreiche und zukunftsweisende Arbeit«. BMEL-Pressemitteilung Nr. 105 vom 22. August 2023 (www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/105-borchert-kommission-dank-oezdemir.html).
- 3 »Inflationsrate im Oktober 2023 bei +3,8 %«. Pressemitteilung Destatis Nr. 429 vom 8. November 2023 (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/11/PD23_429_611.html).
- 4 Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen: Marktcheck und Situation zu steigenden Lebensmittelpreisen. Hintergrundinformationen März 2023. Düsseldorf 2023 (www.verbraucherzentrale.nrw/sites/default/files/2023-04/hintergrundinfo_mc_und_lmpreise_vznrw.pdf). – Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Marktcheck: Lebensmittelpreise in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2023 (www.verbraucherzentrale.nrw/aktuelle-meldungen/lebensmittel/marktcheck-lebensmittelpreise-in-nordrheinwestfalen-83167).
- 5 Stiftung Warentest: Handelsmarke gegen Marke: Die Spar-Stars. In: test 02/2023.
- 6 Foodwatch: Weder gut noch günstig: Die versteckte Preisexplosion bei Eigenmarken und ihre Folgen für Ernährungsarmut. Berlin 2023 (www.foodwatch.org/fileadmin/-DE/Themen/Ernaehrungsarmut/2023_03_17_foodwatch_Marktcheck_Eigenmarken.pdf).
- 7 S. Haas, F. Seliger und A. Lemcke: Billigmarken plötzlich teuer: Wie Aldi, Rewe und Co. von der Krise profitieren. In: Neue Zürcher Zeitung vom 29. November 2022 (www.nzz.ch/visuals/billigmarken-plotzlich-teuer-wie-aldi-rewe-und-co-von-der-krise-profitieren-ld.1712543).
- 8 Foodwatch (siehe Anm. 6).
- 9 Proplanta: Matif Weizenpreis: Kontrakte 2023 (www.proplanta.de/charts/weizenpreise_matif_kontrakte_2023-uebersicht_chart1695270627.html#google_vignette).
- 10 »Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im September 2023 um 11,5 % niedriger als im September 2022«. Pressemitteilung Destatis Nr. 438 vom 14. November 2023 (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/11/PD23_438_61211.html).
- 11 I. M. Weber: Die Inflation der Verkäufer ins Visier nehmen. In: Project Syndicate vom 13. Juli 2023 (www.project-syndicate.org/commentary/sellers-inflation-diagnosis-accepted-but-old-interest-rate-policies-remain-by-isabella-m-weber-2023-07/german?barrier=accesspaylog).
- 12 O. Arce, E. Hahn and G. Koester: How tit-for-tat inflation can make everyone poorer. EZB Blog March 2022 (www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2023/html/ecb.blog.230330~00e522ecb5.de.html).
- 13 S. Dullien, A. Herzog-Stein und U. Stein: Gewinninflation: Realität oder Fata Morgana? IMK Report Nr. 185, September 2023 (www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008702/p_imk_report_185_2023.pdf).
- 14 J. Ragnitz: Gewinninflation und Inflationsgewinner. In: ifo Dresden berichtet 5 (2022), S. 24-28 (www.ifo.de/DocDL/ifoDD_22-05_24-28_Ragnitz.pdf).
- 15 Allianz Trade European food inflation – hungry for profits? Blob 14. April 2023 (www.allianz-trade.com/en_global/news-insights/economic-insights/europe-food-inflation.html).
- 16 H. Hielscher und H. Varnholt: Die Lebensmittelindustrie denkt immer weniger an den Endkunden. In: WirtschaftsWoche vom 6. Juli 2023.

- Verfügbar unter: (www.wiwo.de/unternehmen/handel/lebensmittelpreise-die-lebensmittelindustrie-denkt-immer-weniger-an-den-endkunden/29241430.html). – S. Stoll: Preisstreit mit Herstellern. »Bestimmte Marken könnte es auf Jahre hinaus bei Edeka nicht mehr geben«. In: Spiegel online vom 26. April 2023 (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/edeka-preisstreit-bestimmte-marken-koennte-es-auf-jahre-hinaus-nicht-mehr-geben-a-0a688f40-a98a-45a4-8aff-e62adc248f66).
- 17 R. Lademann und M. Kleczka: Marktbeherrschung im Lebensmitteleinzelhandel? Eine wettbewerbsökonomische Analyse der Handelsentwicklung und ihrer Folgen für Lieferanten und Verbraucher. Frankfurt am Main 2023.
 - 18 Bundeskartellamt: Sektoruntersuchung Lebensmitteleinzelhandel. Darstellung und Analyse der Strukturen und des Beschaffungsverhaltens auf den Märkten des Lebensmitteleinzelhandels in Deutschland. Bonn 2014 (www.bundeskartellamt.de/Sektoruntersuchung_LEH.pdf?__blob=publicationFile&v=7).
 - 19 S. Tober: IMK Inflationsmonitor. Haushaltspezifische Teuerungsraten: Wie stark unterscheidet sich die Belastung durch Inflation? IMK Policy Brief 114, Januar 2022 (www.boeckler.de/fpdf/HBS-008223/p_imk_pb_114_2022.pdf).
 - 20 M. Fratzscher: Die soziale Notlage trifft schon längst die breite Masse. DIW Berlin Blog vom 29. August 2023 (www.diw.de/de/diw_01.c.851101.de/nachrichten/die_soziale_notlage_trifft_schon_laengst_die_breite_masse.html).
 - 21 Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Verteilungswirkungen der aktuellen Preisniveau-Steigerungen. Berlin 2023 (www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/fb-230815-kex-26-inflation.pdf?__blob=publicationFile&v=1).
 - 22 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft: Erster Lebensmittel-Transparenzbericht präsentiert (<https://info.bml.gv.at/themen/landwirtschaft/ukraine-russland/erster-lebensmittel-transparenzbericht-praesentiert.html>).
 - 23 Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Maßnahmen gegen den Preisanstieg und Übergewinne bei Lebensmitteln. Drucksache 20/7960 vom 1. August 2023 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/079/2007960.pdf>).
 - 24 ING – Economic & Financial Analysis: Ungewöhnliche Zeiten – ungewöhnliche Maßnahmen? Vier von fünf Deutschen befürworten staatliche Preiskontrolle. 28. Juli 2023 (www.ing.de/binaries/content/assets/pdf/ueber-uns/presse/publikationen/2023/ing-studie_ungewoehnliche_zeiten_ungewoehnliche_massnahmen.pdf).
 - 25 Monetti (siehe Anm. 1).
 - 26 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ernährung und Landwirtschaft: Ernährung und Landwirt-schaft: Ernährungsarmut unter Pandemiebedingungen. Stellungnahme. Berlin 2023 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/ernaehrungsarmut-pandemie.pdf?__blob=publicationFile&v=3).
 - 27 K. Kolpatzik und R. Zaunbrecher (Hrsg.): Ernährungs-kompetenz in Deutschland. Berlin 2020.
 - 28 K. Geffert, C. Klinger und P. Philippsborn: Ernährungs-politik und soziale Ungleichheit hängen zusam-men – Handlungsfelder für die Politik. In: Soziale Sicherheit 12 (2021), S. 434-439.
 - 29 Harvard School of Public Health: Toxic food envi-ronment – How our surroundings influence what we eat. The obesity prevention source. Harvard o. J. (www.hsph.harvard.edu/obesity-prevention-source/obesity-causes/food-environment-and-obesity/).
 - 30 E. Hohoff et al.: Food costs for vegetarian, vegan and omni-vore child nutrition: Is a sustainable diet feasible with Hartz IV. In: Ernährungsum-schau 69/9 (2022), pp. 136-140. – S. Kabisch et al.: Affordability of different isocaloric healthy diets in Germany – An assessment of food prices for seven distinct food patterns. In: Nutrients, 13/9 (2021), 3037. – S. Thiele: Neuer Ansatz zur Ermittlung eines ALG-II-Mehrbedarfs für eine vollwertige Ernährung. In: Ernährungsumschau 2/14 (2014), M 88-93.
 - 31 »Inflationsrate im Jahr 2022 bei +7,9 %«. Pressemitteilung Destatis Nr. 22 von 17. Januar 2023 (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_022_611.html).
 - 32 Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen: Steigen-de Lebensmittelpreise: Fakten, Ursachen, Tipps. 8. November 2023 (www.verbraucherzentrale.nrw/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/steigende-lebensmittelpreise-fakten-ursachen-tipps-71788).
 - 33 Paritätischer Gesamtverband: Armutsbericht 2022 (aktualisiert). Berlin 2023 (www.der-paritaetische.de/themen/sozial-und-europapolitik/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022-aktualisiert/).
 - 34 C. Heidemann et al.: Gesundheitliche Lage von Erwachsenen in Deutschland – Ergebnisse zu aus-gewählten Indikatoren der Studie GEDA 2019/2020-EHIS. In: Journal of Health Monitoring 6/3 (2021), S. 3-27.
 - 35 Tafel Deutschland: Zahlen und Fakten zur Tafel-Arbeit in Deutschland. Berlin o. J. (www.tafel.de/presse/zahlen-fakten).
 - 36 WBAE (siehe Anm. 26).
 - 37 Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregie-rung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ina Latendorf, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Maßnahmen gegen Ernährungsarmut in Deutschland. Drucksache 20/3847 vom 6. Okto-ber 2022, S. 2 (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/038/2003847.pdf>).
 - 38 D. Setznagel: Ernährungsverhalten in Armut. In: soziales_kapital 23 (2020), S. 151-168.
 - 39 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernäh-rung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsbedingungen gestalten – Kurzfassung des Gutachtens. Berlin 2020 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung-kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2).
 - 40 P. von Philippsborn et al.: Food Environment Policy Index (Food-EPI) Evidenzbericht für Deutschland.

- München 2021 (www.jpi-pen.eu/images/reports/Food-EPI_Germany_Evidence_Report.pdf).
- 41 WBAE (siehe Anm. 26).
 - 42 O. Bendel: Nudging. In: Gabler Wirtschaftslexikon o. J. (<https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/nudging-99919>).
 - 43 L. Knorpp und A. Kroke: »Make the healthier choices the easier choices“. Förderung der Wissenschaft und Praxis von Public Health Nutrition in Deutschland. In: Ernährungsumschau 4/ (2012), S. 219-223.
 - 44 F. Muehleib: Julia Klöckner: Staatssekretärin fordert Recht auf falsche Ernährung. Tellerrand-Blog vom 7. Februar 2010 (www.tellerrandblog.de/julia-kloeckner-staatssekretaerin-fordert-recht-auf-falsche-ernaehrung/).
 - 45 Die Bundesregierung: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). Berlin 2021, S. 45 (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/koalitionsvertrag-2021-1990800).
 - 46 AOK, VZBV, DANK: Kindermarketing für Lebensmittel. Vorschlag zur Ausgestaltung der Werbeschränkung. Policy Brief 2022 (www.vzbv.de/sites/default/files/2022-02/Policy%20Brief%20vzbv%20AOK%20DANK.pdf).
 - 47 »Werbeverbote – Lebensmittelverband fordert wirksame statt symbolische Maßnahmen«. Pressemitteilung Lebensmittelverband Deutschland. vom 27. Februar 2023 (www.lebensmittelverband.de/de/presse/pressemitteilungen/werbeverbote-lebensmittelverband-fordert-wirksame-statt-symbolischer-massnahmen).
 - 48 H.-J. Deglow: Branchenverbände und FDP protestieren gegen Özdemir-Plan für Werbeverbote. In: Lebensmittel Zeitung vom 28. Februar 2023 (www.lebensmittelzeitung.net/politik/nachrichten/kritikan-gesetzesvorhaben-fdp-geht-oezdemir-plan-fuer-werbeverbote-viel-zu-weit-169949).
 - 49 »Pläne von Bundesminister Özdemir bedeuten ein Totalverbot von Süßwarenwerbung«. Pressemitteilung Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie vom 28. Februar 2023 (www.bdsi.de/pressemitteilungen/details/plaene-von-bundesminister-oezdemir-bedeuten-ein-totalverbot-von-suesswarenwerbung/).
 - 50 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Mehr Kinderschutz in der Werbung: Pläne für klare Regeln zu an Kinder gerichteter Lebensmittelwerbung. 25. Juli 2023 (www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/gesunde-ernaehrung/kita-und-schule/lebensmittelwerbung-kinder.html).
 - 51 Nudging im Marketing: Beispiele, Einsatzmöglichkeiten und Fallstricke. In: Acquisa vom 10. November 2023 (www.acquisa.de/magazin/nudging).
 - 52 Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Nahrungsergänzungen für Kinder. Marktcheck der Verbraucherzentralen. Düsseldorf 2023 (www.verbraucherzentrale.de/sites/default/files/2023-08/2023_07_10_merkatchecknem-fuer-kinder-2023.pdf).
 - 53 Bundesinstitut für Risikobewertung: Aktualisierte Höchstmengenvorschläge für Vitamine und Mineralstoffe in Nahrungsergänzungsmitteln und angereicherten Lebensmitteln. Stellungnahme Nr. 9 vom 15. März 2021 (www.bfr.bund.de/cm/343/aktualisierte-hoehchstmengenvorschlaege-fuer-vitamine-und-mineralstoffe-in-nahrungsergaenzungsmitteln-und-angereicherten-lebensmitteln.pdf).
 - 54 Landgericht München: Az. 1 HK O 17003/20. Urteil vom 11. März 2021 (www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-GRURRS-B-2021-N-47453?hl=true).
 - 55 Oberlandesgericht München: 29 U 1726/21 Urteil vom 5. August 2021 (www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-GRURRS-B-2021-N-61966?hl=true).
 - 56 Bundesinstitut für Risikobewertung: Durchführung von Fokusgruppen zur Wahrnehmung des Genome Editings (CRISPR/Cas9). Abschlussbericht. Berlin 2017 (<https://mobil.bfr.bund.de/cm/350/durchfuhrung-von-fokusgruppen-zur-wahrnehmung-des-genome-editings-crispr-cas9.pdf>).
 - 57 Bundesinstitut für Risikobewertung: Verbrauchervotum, Ergebnis der BfR-Verbraucherkonferenz »Genome Editing im Bereich Ernährung und menschliche Gesundheit« 2019. Berlin 2019 (www.bfr.bund.de/cm/343/verbrauchervotum-genome-editing.pdf).
 - 58 »Fazit der BfR-Verbraucherkonferenz Genome Editing: Viel Potential, aber klare Regeln erforderlich«. Pressemitteilung Nr. 35 Bundesinstitut für Risikobewertung vom 30. September 2019 (www.bfr.bund.de/de/presseinformation/2019/35/fazit_der_bfr_verbraucherkonferenz_genome_editing_viel_potential_aber_klare_regeln_erforderlich-242270.html).
 - 59 Misereor: Diskussionsbeitrag – Neue Gentechnik in der Pflanzenzüchtung. Aachen 2021 (www.misereor.de/fileadmin/publikationen/diskussionsbeitrag-neue-gentechnik-misereor_01.pdf).
 - 60 »Stabiles ‚Ohne Gentechnik‘-Wachstum«. Pressemitteilung Verband Lebensmittel ohne Gentechnik vom 4. April 2023 (www.ohnegentechnik.org/ueber-uns/presse/artikel/stabiles-ohne-gentechnik-wachstum).
 - 61 BÖLW: Umsatz mit Bio-Lebensmitteln in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2022 (in Milliarden Euro). 14. Februar 2023 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4109/umfrage/bio-lebensmittelumsatz-zeitreihe>).
 - 62 Forsa: Neue Gentechnik. Tabellenband. Berlin 2023 (www.foodwatch.org/fileadmin/-DE/Themen/Gentechnik/2023-09-Umfrage_Forsa_Tabellen_Neue_Gentechnik.pdf).
 - 63 »Neue Umfrage zeigt: Mehrheit der Deutschen will strikte Regeln für neue Gentechnik«. Pressemitteilung Umweltinstitut München vom 14. Oktober 2023 (<https://meldungsarchiv.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2021/gentechnik/umfrage-mehrheit-der-deutschen-will-strikte-regeln-fuer-neue-gentechnik.html?type=0%27>).
 - 64 European Network of Scientists for Social and Environmental Responsibility (ENSSER): Der Vorschlag der EU-Kommission zu neuen GV-Pflanzen ist unwissenschaftlich und verschleiert deren Risiken. Stellungnahme vom 31. Oktober 2023 (<https://ensser.org/publications/2023/ensser-stellungnahme-der-vorschlag-der-eu-kommission-zu-neuen-gvpflanzen-ist-unwissenschaftlich-und-verschleiert-deren-risiken/>).
 - 65 »Gentechnik-Vorschlag der EU-Kommission wirft Vorsorgeprinzip über Bord«. Pressemitteilung Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) vom

27. September 2023 (www.vzbv.de/meldungen/gentechnik-vorschlag-der-eu-kommission-wirft-vorsorgeprinzip-ueber-bord).
- 66 BMEL-Pressemitteilung (siehe Anm. 2).
- 67 WWF Deutschland: So schmeckt Zukunft: Der kulinarische Kompass für eine gesunde Erde. Klimaschutz, landwirtschaftliche Fläche und natürliche Lebensräume. Berlin 2022 (www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Landwirtschaft/WWF-zusammenfassung-studien-so-schmeckt-zukunft-bessererinnen.pdf).
- 68 Zukunftskommission Landwirtschaft: Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Berlin 2021 (www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1939908/7f01df39e6d5885c144e51051f6508f/2021-07-06-zukunftskommission-landwirtschaft-data.pdf?download=1).
- 69 Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe in Deutschland belief sich im Mai 2023 auf 15.900 und ist damit seit Mai 2022 um sechs Prozent oder 1.000 Betriebe gesunken. Im Mai 2021 lag die Zahl noch bei 19.700 Betrieben und ist somit innerhalb von zwei Jahren um 19,3 Prozent oder 3.800 Betriebe zurückgegangen. Die Zahl der Betriebe mit Milchkuhhaltung ist innerhalb von zehn Jahre um 36,2 Prozent auf 51.700 Betriebe (2023) gesunken. Quelle: »Schweinebestand geht weiter deutlich zurück«. Pressemitteilung Destatis Nr. 247 vom 26. Juni 2023 (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_247_413.html).
- 70 »Umbau der Tierhaltung. Borchert kritisiert Politikversagen«. Meldung Agra-Europa 35/23 vom 28. August 2023, S. 1-3.
- 71 M. Leißner: »Zu wenig Nutztiere sind genauso kontraproduktiv wie zu viele.« Wie zirkuläre Tierhaltung gelingen kann, erklärt Prof. Wilhelm Windisch von der Technischen Universität München. In: Agrarzeitung vom 28. Juli 2023 (www.agrarzeitung.de/tier/news/kreislauf-zu-wenig-nutztiere-sind-genauso-kontraproduktiv-wie-zu-viele-108111?crefresh=1).



Bernhard Burdick

Leiter der Gruppe Markt und Konsum im Bereich Ernährung und Umwelt der Verbraucherzentrale NRW e.V.

bernhard.burdick@
verbraucherzentrale.nrw



Florian Sauer

Wissenschaftliche Hilfskraft der Gruppe Markt und Konsum im Bereich Ernährung und Umwelt der Verbraucherzentrale NRW e.V.

florian.sauer@
verbraucherzentrale.nrw



Angela Clausen

Referentin für Lebensmittel im Gesundheitsmarkt der Gruppe Markt und Konsum im Bereich Ernährung und Umwelt der Verbraucherzentrale NRW e.V.

angela.clausen@
verbraucherzentrale.nrw



Frank Waskow

Referent für Lebensmittelqualität und Nachhaltigkeit der Gruppe Markt und Konsum im Bereich Ernährung und Umwelt der Verbraucherzentrale NRW e.V.

frank.waskow@
verbraucherzentrale.nrw



Silvia Monetti

leitet das Team Ernährungsarmut der Gruppe Markt und Konsum im Bereich Ernährung und Umwelt bei der Verbraucherzentrale NRW e.V.

silvia.monetti@
verbraucherzentrale.nrw